

KURZUM.

Liebe Leserinnen!

Liebe Leser!



Sie halten den ersten Newsletter der neu gewählten SPD-Kreistagsfraktion in den Händen. Auf diesem Weg möchten wir Sie zukünftig über unsere politische Arbeit im Kreis Soest informieren. Die Arbeit der Kreistagsfraktion ist vielfältig, in 15 Fachausschüssen und Arbeitskreisen erarbeiten wir Ideen und Anträge, um das Leben im Kreis für uns alle zu verbessern. Diese Ideen formulieren wir in Anträgen und diese stellen wir an den Kreistag, der darüber entscheidet, was mit diesen Anträgen passiert.

Eine weitere Herausforderung ist die Absprache mit den Fraktionen in den 14 Städten und Gemeinden unseres Kreises, hier gilt es viele Interessen zu berücksichtigen. Sollten Sie Anregungen, Fragen, Wünsche oder Diskussionsbedarf zu bestimmten Themen haben, schreiben Sie uns oder nehmen Sie Kontakt mit unserer Geschäftsstelle auf.

Herzlichst Ihr



Christian Klespe



Trinkwasserschutz ist nicht verhandelbar

„Wir lehnen die von der schwarz-gelben Landesregierung geplante Änderung des Landeswassergesetzes strikt ab“ so die gemeinsame Haltung von Christian Klespe, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag und Marlies Stotz, SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete.

Die Landesregierung plant bekanntlich eine Novelle des Landeswassergesetzes. Unter anderem mit dem Ziel, das gesetzliche Verbot zur Gewinnung von Bodenschätzen in Wasserschutzgebieten aufzuheben und in einer Landesverordnung im Einzelfall darüber zu entscheiden. Ebenso soll die 10-Meter-Grenze zum Gewässerrandstreifen auf 5 Meter reduziert werden, was den Landwirten dann ermöglicht bis zu 5 Meter an den Gewässerrand zu düngen und Pestizide auszubringen. Über die geplanten Änderungen regt sich seit geraumer Zeit landauf, landab Widerstand, da man dadurch eine massive Aus-

höhlung des Trinkwasserschutzes befürchtet.

„Gerade auch bei uns im Kreis Soest wären wir von einer Streichung des gesetzlich verankerten Verbotes stark betroffen“, macht Christian Klespe deutlich und verweist auf das jahrelange Streitthema Trinkwassergewinnung – Steinabbau.

„Für uns ist der Trinkwasserschutz nicht verhandelbar, schließlich ist Trinkwasser das Lebensmittel Nummer 1,“ so Marlies Stotz. Enttäuscht zeigen sich die heimischen Politiker deshalb auch über die aktuelle Antwort von Landesumweltministerin Ursula Heinen-Esser, die über den Kreis Soest gebeten worden war, die Beweggründe für die geplante Streichung des § 35 a des Landeswassergesetzes darzulegen. Wörtlich heißt es in der Antwort der Umweltministerin: „Das

gesetzliche Bodenschatzgewinnungsverbot soll gestrichen werden. Damit wird die Bodenschatzgewinnung in Wasserschutzgebieten künftig ermöglicht“ Zitatende.

„Wir hatten uns erhofft, dass uns die Ministerin klar aufzeigt, warum diese umstrittene Streichung erfolgen soll. Leider enthält die Antwort keinen Hinweis auf die Gründe, so dass wir nur spekulieren können. Offenbar sollen damit insbesondere die Interessen der Stein- und Kiesindustrie sowie der Landwirtschaft mehr Gewicht bekommen“, sehen die Sozialdemokraten den uneingeschränkten Trinkwasserschutz gefährdet, „denn eine klare gesetzliche Regelung, wie sie derzeit besteht, gibt allemal mehr Rechtssicherheit als eine Landesverordnung.“

Weiter auf Seite 3

Corona Pandemie bestimmt Politik



Seit mehr als einem Jahr steht die Corona Pandemie im Mittelpunkt unseres Lebens. Fast täglich gibt es neue Informationen und Erkenntnisse. Ob in Medien oder im Austausch mit Familie und Freund*innen – Corona ist allgegenwärtig und führt nicht selten auch zu Diskussionen und unterschiedlichen Konflikten. Viele Menschen leiden unter den Einschränkungen. Und selbstverständlich ist die Pandemie auch eine Herausforderung für die Politik im Kreis Soest.

Umsetzung von Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung – zwischen Lob und Kritik

Inzwischen wissen wir mehr über das Virus und Möglichkeiten zur Pandemiebekämpfung. Neben Kontaktvermeidung, Hygieneregungen und weiteren Schutzmaßnahmen liegt aktuell die Hoffnung auf Testen und Impfen. Der Kreis Soest hat in kürzester Zeit das Impfzentrum im Dezember des vergangenen Jahres aufgebaut. Mittlerweile stehen mehr Impfdosen zur Verfügung, so dass die Kapazitäten im Zentrum voll ausgelastet werden können.

Von Besucher*innen gibt

es viel Lob für das dort tätige Team. Auch wir Politiker*innen können diese gute Einschätzung durch Rückmeldung aus der Bevölkerung bestätigen. Die SPD Kreistagsfraktion freut sich darüber hinaus, dass inzwischen ihre Anregung zur Impfung der Menschen bei Feuerwehr und Hilfsorganisationen mit Restimpfstoffen umgesetzt wird.

Weiterhin sind im gesamten Kreisgebiet ausreichend Teststellen aufgebaut worden. Deshalb kann – trotz derzeitiger Notbremse – noch die Öffnung von Einzelhandel oder körpernahen Dienstleistungen mit Termin und einem notwendigen negativen Test aufrechterhalten werden.

Bei weiteren Aufgaben wie der Kontaktnachverfolgung oder Quarantänemaßnahmen gibt es häufiger kritische Anfragen oder auch Beschwerden, die uns in der politischen Arbeit erreichen. Hier empfinden die Menschen manche Vorgehensweisen und Entscheidungen der Verwaltung nicht nachvollziehbar bzw. als nicht ausreichend transparent. Politik hat hier immer wieder die Aufgabe der kritischen (im Sinne von aufmerksamer) Begleitung und Vermittlung.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt organisieren und Perspektiven entwickeln

Auch wenn derzeit der Eindruck entsteht, dass Politik und Verwaltung aufgrund der Pandemie ausschließlich „auf Sicht fahren“ – Politik muss alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens weiter im Blick behalten! Deshalb müssen politisch folgende Aspekte zukünftig in den Focus rücken:

- fachübergreifende Konzepte erstellen,
- gesellschaftlichen Zusammenhalt organisieren
- Zukunft gestalten

RÜTHEN.

Erneuerung K-45

Kreistagsmitglied Erwin Koch stellte den Rüthener Fraktionsmitgliedern die Baumaßnahme im Verlauf der K-45 vor. In diesem Jahr soll eine Grunderneuerung der K-45 zwischen Meiste und Hemmern und der ODHemmern bis zur K-78 erfolgen. Der Kreis Soest plant die Ausführung in den Sommerferien 2021. Im Haushalt sind für diese Maßnahme 870.000 € eingestellt. Der Förderansatz beträgt 70%.



SüdwestfalenSPD.

Wasserstoffnetz

Die SPD Südwestfalen unterstützt südwestfälische Initiative zur Anbindung an das internationale Wasserstoffnetz. Der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur für Südwestfalen muss jetzt kommen!

Dazu wird die SPD einen südwestfälischen Wasserstoffgipfel in die Wege leiten. Die Südwestfälische Industrie- und Handelskammer SIHK ruft Unternehmen in Südwestfalen zurzeit dazu auf, an der Bedarfsabfrage für den Netzentwicklungsplan der Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) teilzunehmen. Gleichzeitig hat die SIHK an die Politik appelliert, die Netzausbau-Pläne in Südwestfalen zu unterstützen. Die Wirtschaftsregion Südwestfalen ist die stärkste produzierende Region in NRW und dabei von Industriebetrieben und Metallverarbeitung geprägt. Diese Sektoren sind sehr energieintensiv, weshalb die Verfügbarkeit von – mittelfristig grünem – Wasserstoff eine Schlüsselrolle spielt, um gleichzeitig die Klimaziele erreichen und die Produktivität der Region erhalten zu können. Daher werden wir zeitnah zu einem Wasserstoffgipfel für Südwestfalen einladen und dort alle wichtigen Stakeholder zusammenbringen.

Keine Gewalt gegen Frauen

Vernetzung zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen



Gemäß einer aktuellen Studie „Häusliche Gewalt“, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben wurde, ist in Deutschland jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben von physischer und/oder sexualisierter Gewalt betroffen.

Auch der Kreis Soest bildet hier keine Ausnahme. „Um Gewalt gegen Frauen konsequent entgegenzuwirken, gilt es, die bestehenden Hilfeangebote unterschiedlichster Institutionen, die es im Kreis Soest für betroffene Frauen bereits gibt, sinnvoll zu vernetzen.“ erläutert die heimische Landtagsabgeordnete der SPD Marlies Stotz. „Es ist aus unserer Sicht dringend erforderlich, eine über den Kreis Soest initiierte Vernetzung zu ermöglichen, um die behörden- und institutionenübergreifenden Maßnahmen zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen im Kreis Soest optimal aufeinander

abzustimmen und die Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen zu stärken.“ so Marlies Stotz weiter. In der vom Europarat ausgefertigten Istanbul Konvention ist in Artikel 8 und 9 vorgeschrieben, dass die Frauenhäuser und Fachberatungsstellen notwendige Förderung und finanzielle Absicherung erhalten, um Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen. Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen.

„Dabei begrüßen wir die Eröffnung der Frauenberatungsstelle für den Kreis Soest in Trägerschaft der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen e.V.“ fügt die Kreistagsabgeordnete Susanne Helfrich aus Lippstadt, Vorsitzende des Kreis-Sozialausschusses, hinzu.

„Damit wurde eine längst überfällige Lücke im Hilfe- und Unterstützungsangebot

für Frauen im Kreis Soest geschlossen.“ betont Helfrich. Insbesondere von Gewalt betroffene Frauen finden hier eine Anlaufstelle, die in Krisensituationen Wege aufzeigen und Hilfe- und Schutzmöglichkeiten für die Frauen anbieten kann.

Dennoch sieht die SPD im Kreis Soest weiteren Handlungsbedarf, die bereits vorhandenen Strukturen und Akteure noch besser miteinander zu vernetzen. Der Chef der SPD-Kreistagsfraktion, Christian Klespe (Möhnesee), unterstreicht die Wichtigkeit des Anliegens und sagt zu, dass das Thema „Gewalt gegen Frauen“ im kommenden Jahr verstärkt auf die Tagesordnung der Politik im Kreis Soest gebracht werde.

 **HILFE TELEFON**
+ **GEWALT GEGEN FRAUEN**
08000 116 016

Fortsetzung von Seite 1

Abschließend weisen Stotz und Klespe darauf hin, dass auch Nordrhein-Westfalen und damit auch der Kreis Soest die Folgen von mehreren trockenen und heißen Sommern bereits zu spüren bekommen hat, was sich nicht zuletzt in negativer Art und Weise auf die Wasservorräte auswirke. Experten aus der Energie- und Wasserwirtschaft warnen seit geraumer Zeit, dass die Anzahl der Dürremonate in Deutschland in Folge des Klimawandels steigen wird und damit die Wasserwirtschaft künftig vor immensen Herausforderungen stehen wird. „Daraus lässt sich klar die Notwendigkeit ableiten, dass dem präventiven Gewässerschutz weiterhin höchste Priorität eingeräumt werden muss, um die Wasserversorgung der Zukunft zu sichern. Deshalb halten wir es für unverantwortlich, den gesetzlich geregelten Schutz jetzt zu schleifen,“ so Stotz und Klespe abschließend.



Impressum

SPD-Kreistagsfraktion
V.i.S.d.P.: Karsten Gerlach
Ulricherstr. 26-28
59494 Soest
Tel.: 02921/3647-0
www.spd-kreis-soest.de
Fotos: Apfelbäckchen,
Klebolte, pixabay, Vaartjes,
Cordes

PERSONEN.

Bernd Müller



Mit Bernd Müller entsendet die Kreis-SPD ein erfahrenes und kompetentes Mitglied nach Arnsberg. Der seit diesem Jahr pensionierte Müller studierte nach seiner abgeschlossenen Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann, Volkswirtschaft in Paderborn. Als Diplom-Volkswirt war er sieben Jahre in der Forschung, für die Deutsche Forschungsgemeinschaft in Paderborn, tätig. Im Anschluss daran folgten 28 Jahre in der Bezirksregierung in Arnsberg. Bernd Müller wohnt in Geseke, ist verheiratet und hat zwei Söhne. Als Abteilungsdirektor für Umwelt- und Arbeitsschutz war er zuständig für die Bereiche Naturschutz, Immissionsschutz, Abfallwirtschaft und Wasserwirtschaft sowie für den betrieblichen und technischen Arbeitsschutz. Zuvor war er Leiter der Kommunalaufsicht, Leiter des Personalwesens und Leiter der Krankenhausförderung. Regionalplanung, Organisation- und Informationstechnik waren weitere seiner Tätigkeitsbereiche. Zwischenzeitlich arbeitete Müller zwei Jahre im Innenministerium von NRW. Bernd Müller kennt, durch seine berufliche Tätigkeit in der Bezirksregierung, die Abläufe und weiß fachlich genau worauf es ankommt. Bernd Müller ist seit 18.02.2021 stellv. Vorsitzender des Regionalrates.



Mehr Photovoltaik für Südwestfalen!

Südwestfalen soll zukünftig klimafreundlicher Energie erzeugen. Dies hat Regierungspräsident Vogel auf der vergangenen Sitzung des Regionalrates Arnsberg angekündigt. Konkret ist geplant, die Dachphotovoltaik auszubauen und geeignete Flächen mit entsprechenden Anlagen zu versorgen. Denn Südwestfalen nutzt aktuell nur ca. fünf Prozent dieses Potentials aus. Die SPD-Fraktion im Regionalrat begrüßt diese Pläne ausdrücklich und hofft, dass sich möglichst viele Kommunen diesen Plänen anschließen werden. „Wenn es um erneuerbare Energien geht, sollte Südwestfalen eine Vorreiter-Rolle einnehmen“, so Hans-Walter Schneider, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Regionalrat Arnsberg. „Photovoltaik-Anlagen sind im Vergleich zu beispielsweise Windkraftanlagen mit geringerem Aufwand und

weniger bürokratischen Hürden realisierbar. Wir unterstützen Regierungspräsident Vogel und die Bezirksregierung bei ihren Plänen.“ Die SPD-Fraktion sei froh, dass die Bezirksregierung das Heft in die Hand nehme. Es brauche Signalprojekte, die andere Regionen dazu veranlassen sich ebenfalls mit dem Potenzial der Photovoltaik-Anlagen auseinander zu setzen. „Die Energiewende ist nur möglich, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen.“ In Zusammenarbeit mit der Energieagentur NRW werden die Kommunen in nächster Zeit von der Kampagne informiert, jeweils angepasst an die Voraussetzungen einer jeden Kommune. So soll in Zukunft die Handlungsfähigkeit der Region, unabhängig von fossiler Energiegewinnung, gesichert werden.

NWL.

Der SPD Kreistagsabgeordnete und Vizelandrat Dr. Günter Fiedler aus Geseke ist zum Vorsitzenden der SPD-Fraktion der NWL Verbandsversammlung gewählt worden. Der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) organisiert den Bahnverkehr für 5,6 Millionen Einwohner. Insgesamt verkehren in Westfalen auf dem 1700 km langen Schienennetz 58 Zuglinien. Aktuell engagiert sich Dr. Fiedler mit der SPD im NWL in Abstimmung mit dem NRW-Verkehrsministerium besonders für Fördermittel für den barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe, Bahnsteige und Bushaltestellen im Kreis Soest. Des Weiteren prüft der NWL die Reaktivierung von Bahnstrecken im Kreis Soest auf Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit.



ZUSAMMEN MEHR ERREICHEN.
Vizelandrat Dr. Günter Fiedler neuer Vorsitzender der SPD-Fraktion im NWL.

KOMMENTAR. von Karsten Gerlach

Regionalrat Arnsberg—Was macht der überhaupt?

Da der Regierungsbezirk Arnsberg, außerhalb des Verbandsgebietes des Regionalverbandes Ruhr liegt, ist der Regionalrat Arnsberg der regionale Planungsträger für diesen Bereich.

Seine Zuständigkeit umfasst den Hochsauerlandkreis, den Märkischen Kreis, die Kreise Olpe und Siegen-

Wittgenstein und den Kreis Soest. Die Aufstellung des



Regionalplans, erarbeitet von der Bezirksregierung, ist eine der Hauptaufgaben des Regionalrates. Daneben gibt der Regionalrat sein Votum ab

über wichtige finanzielle Fördermaßnahmen und damit über konkrete Projekte in den jeweiligen Kreisen und Kommunen sowie über wesentliche verkehrliche Maßnahmen.

Dem Regionalrat gehören jeweils 15 stimmberechtigte und 15 beratende Mitglieder an.